

WIR SIND DIE UNION DEUTSCHLANDS.

ANTRAG DES BUNDESVORSTANDS DER CDU DEUTSCHLANDS
AN DEN BUNDESAUSSCHUSS AM 22. MÄRZ 2010 IN BERLIN

CDU

2
3
4 **„Wir sind die Union Deutschlands.“**

5
6
7 **„Einigkeit und Recht und Freiheit**
8 **Für das deutsche Vaterland!“**

9
10
11 Als der Dichter August Heinrich Hoffmann von Fallersleben am 26. August 1841 auf
12 der Insel Helgoland diese Zeilen des Liedes der Deutschen niederschrieb, die heute
13 der Anfang unserer Nationalhymne sind, da drückte er die Sehnsucht seiner Zeit
14 nach einem geeinten Deutschland aus. Damit hat er – zeitlos – die drei Kriterien für
15 die Vollendung unserer deutschen Wiedervereinigung benannt.

16
17
18 **Freiheit**

19
20 Im vergangenen Jahr haben wir die Wiedererlangung der politischen Freiheit für alle
21 Deutschen vor zwanzig Jahren gefeiert.

22
23 Die bewegenden Bilder von den Friedensgebeten innerhalb und außerhalb der
24 Kirchen und der friedlichen Demonstranten mit ihren Parolen „Wir sind das Volk“
25 und später „Wir sind ein Volk“ im Angesicht der bewaffneten Staatsmacht sind
26 unvergesslich. Mit der friedlichen Revolution haben die Ostdeutschen aus eigener
27 Kraft den Mauerfall herbeigeführt. Aus dieser großartigen Leistung und Zivilcourage
28 können wir heute noch Kraft und Zuversicht schöpfen. Der 9. November 1989, der
29 Tag des Mauerfalls, ist einer der glücklichsten und schönsten Tage unserer
30 Geschichte.

31
32 Mit der friedlichen Revolution hat das ganze deutsche Volk, in Ost wie in West, erst
33 seine Freiheit wieder gewonnen. Von einem freien Land kann man nur sprechen,
34 wenn alle Bürger eines Volkes frei sind. Für die Menschen in Ost und West ist unser
35 Land erst seitdem in seiner ganzen Vielfalt und Schönheit zu erleben. Uns steht die
36 Welt offen, wir sind offen für die Welt.

37
38 Mit der friedlichen Revolution haben wir unsere Freiheit erlangt. Das Jahr 1990 war
39 das Jahr freier Wahlen: die Volkskammerwahl, die Kommunalwahlen, die
40 Landtagswahlen und die Bundestagswahl. Mit dem „2+4-Vertrag“ hat unser Land
41 seine volle Souveränität wiedererlangt, die europäischen Nachbarschaftsgrenzen
42 wurden völkerrechtlich anerkannt. Deutschland nimmt seitdem uneingeschränkt
43 seinen Platz in der Weltgemeinschaft ein. Am 3. Oktober 1990 wurde in unserem
44 Land die staatliche Einheit wieder hergestellt. Die Freiheit bekam ihr Recht.

45
46 In Würdigung und Anerkennung dieses historischen Glücks hat der Deutsche
47 Bundestag bereits in der vergangenen Legislaturperiode beschlossen, in Berlin ein
48 Freiheits- und Einheitsdenkmal zu errichten. Zum würdigen Gedenken an die im
49 Herbst 1989 in ganz Ostdeutschland stattgefundenen Demonstrationen, aber auch

50 in Erinnerung an die Ereignisse des 17. Juni 1953, wird auf Vorschlag der CDU unsere
51 Bundesregierung darüber hinaus die Errichtung eines Freiheits- und Einheits-
52 denkmals in Leipzig unterstützen.

53

54 Unser besonderer Dank gilt dabei auch den Demokratiebewegungen in Polen,
55 Ungarn, der damaligen Tschechoslowakei und den Reformern in der ehemaligen
56 Sowjetunion. Ihre Leistungen haben den Weg der deutschen Wiedervereinigung
57 gebahnt.

58

59

60 **Recht**

61

62 Das Jahr 1989 war das Jahr der friedlichen Revolution. Das Jahr 1990 steht für die
63 Gestaltung und Vollendung der verfassungsrechtlichen Einheit in Freiheit und Recht.

64

65 Dieser Wiedervereinigungsprozess wurde maßgeblich von CDU-Politikern geprägt.
66 Bereits im November 1989 hatte die CDU unter Führung von Bundeskanzler Helmut
67 Kohl und seinem 10-Punkte-Programm die Initiative im Einigungsprozess
68 übernommen. Dem diplomatischen Verhandlungsgeschick des „Kanzlers der Einheit“
69 und Ehrenbürger Europas Helmut Kohl verdanken wir die erforderliche Zustimmung
70 der ehemaligen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs sowie der Staaten der
71 Europäischen Union zur Wiedervereinigung Deutschlands. Als erster und zugleich
72 letzter frei gewählter Ministerpräsident der DDR hat Lothar de Maizière wichtige
73 Meilensteine für ein Leben in Freiheit und Einheit in Deutschland gesetzt. Der
74 damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und der damalige
75 Parlamentarische Staatssekretär beim Ministerpräsidenten der DDR Günther Krause
76 haben den Einigungsvertrag zügig ausgehandelt und damit die Weichen für das
77 innere Zusammenwachsen unseres Vaterlandes gestellt. Die CDU wird in den
78 kommenden Monaten an die wichtigen Wegmarken zur Einheit Deutschlands
79 erinnern.

80

81 Der politische Transformationsprozess im Jahr 1990 war so erfolgreich, weil die
82 Ostdeutschen die Demokratie Schritt für Schritt von unten aufgebaut haben.
83 Entscheidend für die erfolgreichen Verhandlungen zum Einigungsvertrag aber war
84 das Ergebnis der Wahlen zur ersten freien Volkskammer, das das unionsgeführte
85 Wahlbündnis der Allianz für Deutschland zur stärksten politischen Kraft machte. Die
86 erste freie Kommunalwahl der Bürgermeister und Landräte am 6. Mai 1990 war eine
87 enorme Leistung. Mit dem noch von der Volkskammer beschlossenen
88 Ländereinführungsgesetz wurden schließlich die ostdeutschen Bundesländer
89 unmittelbar mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wieder neu errichtet und
90 die jeweilige Regierungsbildung mit den Landtagswahlen vom 14. Oktober 1990 auf
91 eine demokratische Grundlage gestellt. Das Fundament für den Aufbau einer
92 rechtsstaatlichen Verwaltung und Justiz war damit gelegt und die Transformation
93 von der Diktatur zur Demokratie abgeschlossen.

94

95 Die ostdeutschen Länder und Kommunen sind heute selbstbewusste Akteure in
96 unserem Gemeinwesen. Mit den Bürgermeistern und Landräten der ersten Stunden
97 will die von uns getragene Bundesregierung im Frühjahr in Weimar an diese

98 demokratische Pionierzeit erinnern und darin auch die Aufbauhelfer dieses
99 Neubeginns aus den westdeutschen Ländern einbeziehen.

100

101

102 **Einigkeit**

103

104 Mit dem Wegfall der menschenverachtenden innerdeutschen Grenze ist der unser
105 Land trennende Graben weggefallen. Einigkeit, wie es in unserer Nationalhymne
106 heißt, ist nicht gleichzusetzen mit Einheitlichkeit. Gleichmacherei ist das Gegenteil
107 von Gleichwertigkeit. Wir freuen uns über Unterschiede, die Ausdruck von Freiheit,
108 Kultur und Tradition sind, wenn sie zur Einigkeit im Ganzen beitragen. Mit den
109 Jubiläumsfeierlichkeiten wollen wir einen weiteren Beitrag dazu leisten und
110 herausstellen, wie viel sich in den letzten 20 Jahren getan hat.

111

112 Der Jugend in Ost und West ist die Geschichte der Trennung kaum noch bewusst. Sie
113 ist wie selbstverständlich eins. Das ist gut und richtig. Der Jugend gegenüber fühlen
114 wir uns aber auch verpflichtet, gegen jede Verklärung der Vergangenheit
115 vorzugehen, um das Bewusstsein für unser einiges Vaterland und seine Geschichte
116 zu stärken. Von unserer Fähigkeit, die Fehler der Vergangenheit nicht zu vergessen,
117 hängt unsere Fähigkeit ab, diese nicht zu wiederholen. Damit leisten wir auch einen
118 wirksamen Beitrag gegen jede Form von Extremismus, von links wie von rechts.

119

120 Die wirtschaftliche Entwicklung ist weit voran geschritten. Die Umwandlung der
121 zentralistischen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft war und ist eine
122 gewaltige Aufgabe. Nie zuvor in der Geschichte wurde innerhalb so kurzer Zeit die
123 gesamte Infrastruktur eines Landes so tiefgreifend modernisiert. Beispielhaft seien
124 nur der Verkehrsbereich, die Krankenhäuser, der Stadtbau und die
125 Umweltsanierung genannt. Nie zuvor wurde eine von Schwerindustrie und Groß-
126 kombinate geprägte Wirtschaft in so kurzer Zeit in eine durchweg mittelständisch
127 orientierte Wirtschaft umgewandelt. Das ging nicht ohne Brüche und Fehler. Es gibt
128 wohl kaum einen Deutschen, der nicht hiervon unmittelbar betroffen worden wäre.
129 Für die meisten Ostdeutschen bedeutete die Entwicklung, sich beruflich neu
130 orientieren zu dürfen oder zu müssen, Zeiten der Arbeitslosigkeit und Umzüge
131 hinzunehmen. Im Westen Deutschlands mussten sich in weiten Teilen eine neue
132 Offenheit gegenüber der ehemaligen DDR und ein neuer Blick auf die
133 gesamtdeutsche Zukunft erst einstellen.

134

135 Die Deutschen können stolz sein auf das, was sie in den vergangenen Jahren
136 gemeinsam geleistet und erreicht haben. Der Aufbau war oft schwieriger und nicht
137 so spektakulär wie die Revolution. Einig unterstützen die Deutschen diesen
138 wirtschaftlichen Prozess seit 20 Jahren. Diese beispiellose historische Solidarität ist
139 eine gewaltige patriotische Leistung. Das Ergebnis gibt uns recht: Derzeit beträgt die
140 Wirtschaftskraft der ostdeutschen Länder 71 Prozent des West-Niveaus, das Gefälle
141 der Lohn- und Gehaltsstrukturen schrumpft, in der Kultur und in der Schulbildung
142 setzt der Osten Maßstäbe, viele Bau- und Umweltsünden gehören glücklicherweise
143 der Vergangenheit an, die alten Städte voller Kultur und Denkmäler strahlen.

144

145 Ziel der CDU ist es bis zum Jahr 2019 – dem Ende des Solidarpakts II – gleichwertige
146 Lebensverhältnisse in ganz Deutschland herzustellen. Dabei bleiben die Steigerung
147 der Wirtschaftskraft und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit unsere zentralen Ziele.
148

149 Um die deutsche Einheit wirtschaftlich, aber auch gesellschaftspolitisch zu
150 vollenden, bekennt sich die CDU zu den nachfolgenden zehn Maßnahmen:
151

152

153 • **Finanzielle Garantie des Solidarpakts II**
154

155 Wir stehen zu dem bis 2019 geschlossenen Solidarpakt II. Die vereinbarten
156 Mittel sind erforderlich, um die teilungsbedingten Sonderlasten aus dem
157 infrastrukturellen Nachholbedarf abzudecken, die unterproportionale
158 kommunale Finanzkraft auszugleichen und die Angleichung der
159 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu gewährleisten. Sie müssen
160 zweckentsprechend eingesetzt werden.
161

162

163 • **Stärkung der Ost-Förderung**
164

165 Wir wollen die Wirksamkeit der Wachstums- und Beschäftigungsförderung in
166 den ostdeutschen Ländern erhöhen, indem wir den ostdeutschen Ländern bei
167 den aufbaurelevanten Förderinstrumenten den erforderlichen Spielraum für
168 regionale Besonderheiten einräumen. Dabei wollen wir mit dem verabredeten
169 Finanzvolumen mehr Freiheit und Verantwortung auf die regionale Ebene
170 verlagern.
171

172

173 • **Gewährung von Übergangsregelungen bei EU-Strukturfonds**
174

175 Wir werden dafür sorgen, dass die ab 2014 aus der Höchstforderung heraus-
176 fallenden Regionen eine angemessene Übergangsregelung erhalten. Ziel ist
177 es, die zunächst bis 2013 befristete EU-Förderung nicht abrupt zu stoppen,
178 sondern in den Folgejahren möglichst sanft abzuschmelzen.
179

180

181 • **Sicherung der Innovationsregion Ostdeutschland**
182

183 Wir werden die bewährte Innovationsförderung fortführen und dabei neben
184 der Grundlagenforschung zukünftig die anwenderbezogene und auf
185 Wissenstransfer ausgerichtete Forschung ausbauen. Gerade in Krisenzeiten
186 leisten Investitionen in Forschung und Entwicklung die entscheidenden
187 Impulse, um die Dynamik in Zukunftsmärkten und Zukunftstechnologien zu
188 festigen und damit zukunftssträchtige Arbeitsplätze zu sichern. Bei der privat
189 finanzierten Forschung weisen die ostdeutschen Länder leider noch einen
190 besonders großen Rückstand auf. Wir begrüßen deshalb sehr, dass jetzt
191 bundesweit für kleine und mittlere Unternehmen – neben dem bewährten
192 Instrument der Projektförderung – auch eine steuerliche Forschungs- und
193 Entwicklungsförderung geprüft wird.

194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242

- **Bereitstellung leistungsfähiger Verkehrsinfrastruktur**

Wir werden die noch ausstehenden Verkehrsprojekte Deutsche Einheit umsetzen. Sie sind keine Ost-Projekte, sondern verbinden Ost und West. Sie sind im besten Sinne gesamtdeutsche Projekte. Dabei streben wir an, den bisherigen Zeitplan einzuhalten, das heißt die Straßenverkehrsverbindungen weitgehend bis 2010 und die der Schiene bis 2017 fertig zu stellen. Mit ihren in beiden ehemaligen Teilen Deutschlands liegenden Streckenabschnitten sind sie wahre Symbole der Einheit. Auch der Bundesverkehrswegeplan wird, wie vorgesehen, umgesetzt.

- **Schaffung des „Ostsee-Adria-Entwicklungskorridors“**

Wir verfolgen das Ziel, für eine konkurrenzfähige Anbindung der Seehäfen in Mecklenburg-Vorpommern sowie einer verbesserten Erschließung der ostdeutschen Länder insgesamt, eine leistungsfähige Schienenverbindung von Skandinavien unter Einbeziehung Berlins nach Südeuropa zu schaffen. Dabei soll ein weitergehender Raumentwicklungskorridor Ostsee-Adria entstehen. Diese seit Jahren von den ostdeutschen Ministerpräsidenten geforderte alpenquerungsfreie Meer-zu-Meer-Verbindung muss jetzt in die EU-Verkehrspolitik und die in diesem Jahr stattfindende Überarbeitung der Leitlinien für die Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-T) eingebracht werden. Nach den mit den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit geschaffenen West-Ost-Verbindungen wollen wir nunmehr die neuen Länder in Nord-Süd-Richtung mit unseren Nachbarn verknüpfen. Davon erhoffen wir uns wichtige wirtschafts- und infrastrukturpolitische Impulse.

- **Mit „Bürgerarbeit“ Beschäftigung fördern**

Unser Ziel bleibt die Vollbeschäftigung. Die Politik allein schafft jedoch keine Arbeitsplätze, sie setzt dafür lediglich die Rahmenbedingungen. Daher ist es so wichtig, das Unternehmertum zu stärken sowie zugleich Arbeitskräfte bestmöglich zu qualifizieren und zu motivieren. Dort, wo hohe Arbeitslosigkeit herrscht, können auch Abweichungsklauseln von den üblichen Regeln der Arbeitsmarktpolitik modellhaft vereinbart werden. Das Konzept der „Bürgerarbeit“ kann dabei ein Instrument zielgerichteter Beschäftigungspolitik sein. Wir wollen dieses Konzept auf seine Übertragbarkeit auf größere Arbeitsmarktregionen prüfen.

- **Gestaltung des demographischen Wandels**

Wir begrüßen den Beschluss der Bundesregierung, zunächst in einem Pilotprojekt bis 2011 mit den ostdeutschen Ländern ein Handlungskonzept zur Verringerung von Abwanderung und Sicherung der privaten und öffentlichen Struktur in vom demographischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Räumen zu entwickeln. Wir wollen die dabei

243 gewonnenen Erkenntnisse in die gesamtdeutsch angelegte Demographie-
244 strategie einfließen lassen.

245

246

247

- **Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts**

248

249

250

251

252

253

254

255

- **Aufarbeitung des SED-Unrechts – Unrecht beim Namen nennen**

256

257

258

259

260

261

262

Angesichts der aktuellen Stasi-Vorgänge im brandenburgischen Landtag und der von dem dortigen SPD-Ministerpräsidenten geführten skandalösen „Versöhnungsdebatte“ mit der Linkspartei, werden wir umgehend die Ende 2011 auslaufenden Überprüfungsvorschriften des Stasi-Unterlagen-Gesetzes verlängern.

263

264

265

266

267

268

269

270

Wir überprüfen das System der Rehabilitierung und Entschädigung, mit der von der SED und Staatssicherheit begangenes Unrecht ausgeglichen werden soll. So werden wir die bei der SED-Opferpension in der Verwaltungspraxis aufgetretenen Defizite korrigieren. Wir werden durch eine Gesetzesnovellierung Kapitalverbrecher vom Bezug ausschließen und dafür sorgen, dass den SED-Opfern im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung nicht länger ihre Einkünfte aus Kindergeld angerechnet werden.

271

272

273

274

275

Wir werden Forschungsvorhaben zur Aufarbeitung des SED-Regimes unterstützen. Insbesondere soll die Erschließung der Archive der Parteien und Massenorganisationen, insbesondere der SED, und der staatlichen Verwaltungen der ehemaligen DDR vorangetrieben werden.

276

277

278

279

280

281

Wir begrüßen die noch in diesem Jahr beabsichtigte Einsetzung einer Expertenkommission, welche die Aufgabenentwicklung, die der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gesetzlich zugewiesen sind, analysiert und Vorschläge zur Zukunft dieser Behörde macht.

282

283

284

285

286

287

288

289

290

291

Zum Unrecht in der DDR vergangener Tage gehörte auch der Umgang mit den deutschen Heimatvertriebenen. Mit den Begriffen „Neubürger“ und „Umsiedler“ wurde ihr schweres Schicksal verschleiert und verschwiegen. Erst die Wiedervereinigung machte es ihnen möglich, sich zu bekennen und Entschädigungen – wenn auch nur in geringem Umfang – nach dem Vertriebenengesetz zu erhalten. Die CDU hat sich stets zu den berechtigten Anliegen der deutschen Vertriebenen bekannt. Wir begrüßen es daher, dass die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ jetzt ihre wichtige Arbeit im Einvernehmen mit ihnen aufnehmen kann und werden dieses Engagement auch weiterhin nach allen Kräften unterstützen.

292 **Einigkeit und Recht und Freiheit: der Auftrag des Jahres 1990**

293

294 Zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung stehen die ersten Jahrgänge im Berufs-
295 leben, die im vereinten Deutschland geboren wurden. Für sie ist die Einheit von Ost
296 und West eine Selbstverständlichkeit. Sie betrachten die gesellschaftlichen und
297 wirtschaftlichen Herausforderungen aus einer gesamtdeutschen Perspektive und im
298 Vergleich zu den wettbewerbsstarken Regionen in Europa und der Welt.

299

300 Es ist das zentrale Anliegen der CDU, den Zusammenhalt zwischen den
301 Generationen und Landsmannschaften in unserem Vaterland zu stärken und sie nicht
302 gegeneinander auszuspielen. Deshalb setzt sich die CDU dafür ein, dass
303 wirtschaftlich schwache Regionen in den jungen und in den alten Ländern
304 gleichermaßen Solidarität und Förderung erfahren.

305

306 Die Deutsche Einheit ist noch nicht gänzlich vollendet. Es gibt viele „blühende Land-
307 schaften“ – sowohl in Ost als auch in West. Fakt ist aber: In Ostdeutschland ist die
308 Arbeitslosigkeit immer noch fast doppelt so hoch wie im Westen. Das volks-
309 wirtschaftliche Gefälle zwischen Ost und West ist immer noch groß. Es bleiben
310 strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West sowie auch innerhalb von Ost und
311 West bestehen. An diesen müssen wir überall ansetzen, wenn wir die Schaffung
312 gleichwertiger Lebensverhältnisse erreichen möchten. Deshalb sind Investitionen in
313 allen Bereichen und Regionen Deutschlands nötig. Dabei dürfen die Bedürfnisse in
314 den alten Ländern nicht gegen die der jungen Länder ausgespielt werden. Es gibt
315 auch im Westen vieles zu tun. Diese Herausforderung nimmt die CDU an,
316 insbesondere dort, wo sie in Regierungsverantwortung steht. Gerade die
317 Infrastrukturinvestitionen für die vom europäischen Transitverkehr belasteten
318 Bundesländer sowie der laufende „Stadtumbau West“ für die Kommunen
319 unterstreichen dies.

320

321 Nach einer ganzen Generation der Solidarität zwischen West und Ost muss in den
322 nächsten Jahrzehnten eine gesamtdeutsche Solidarität zugunsten der schwächsten
323 Regionen in Deutschland gezeigt werden.

324

325 Am 3. Oktober 2010 dürfen wir die staatliche Wiedervereinigung unseres
326 Vaterlandes vor 20 Jahren feiern. In Dankbarkeit blicken wir zurück, hoffnungsvoll
327 schauen wir in die Zukunft. Gemeinsam haben wir die Einheit Deutschlands
328 hergestellt, gemeinsam wollen wir sie in Freiheit und Recht leben. Dabei war und ist
329 die CDU Deutschlands die treibende Kraft. Nur die CDU Deutschlands hat bis zuletzt
330 die deutsche Frage offen gehalten. Wir sind die Union Deutschlands.

331

332

333

334

335

336

337

338

**„Danach lasst uns alle streben,
brüderlich mit Herz und Hand!
Einigkeit und Recht und Freiheit
sind des Glückes Unterpfand:
Blüh im Glanze dieses Glückes,
blühe, deutsches Vaterland!“**